



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/18 - 21. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 "LASST UNS DESHALB VON NEUEM BEGINNEN!" 49

Zur Rede des amerikanischen Präsidenten Kennedy

2 Die Stunde der Berliner 45

Nach der ersten Lesung des Schröderschen
Ein- und Ausreisegesetzes

3 Solidaritätsbeitrag und Koalitionsfreiheit 54

Senatspräsident des Bundesarbeitsgerichts zur Diskussion
über die Forderungen der Bauarbeiter

4 So geht es nicht! 43

Warnung vor leichtfertigen Beschuldigungen

5 Not im Alter - in Schweden unbekannt 46

Von unserem skandinavischen Korrespondenten, Rudolph Rasten

* * * *

"LASST UNS DESHALB VON NEUEM BEGINNEN !"

Zur Rede des amerikanischen Präsidenten

G.M.:~ Es gab und wird immer wieder Stunden in der Geschichte der Menschheit geben, in denen ein Mächtiger mit der Verkündung seiner Ideen das Weltbild erhellt, Dunkles klärt und neue Wege zeigt. Das ist Kennedy, dem jüngsten Präsidenten der Vereinigten Staaten, gelungen.

Seinen Appell an das amerikanische Volk, an die freie Welt und an die Welt totalitärer Lebensauffassungen hat er mit dem einen Satz umrissen:

"LASST UNS DESHALB VON NEUEM BEGINNEN !"

In dem Wort "deshalb" liegt der Gedanke an das Vergangene, an das Unzulängliche. Es liegt darin aber auch das Bekenntnis zur mutigen Tat des Morgen. Kein Zögern und kein Zagen, sondern Selbstbewusstsein der Stärke und des Rechtes - das sind die Fundamente, auf denen Kennedy "jene erste Revolution" weiterzuentwickeln gedenkt, zu deren Erben er sich und das amerikanische Volk stolz zählt!

In diesem Gedanken ist auch tief verankert jenes Bekenntnis zur Freiheit, das der Präsident mit dem Satz umschliesst:

"Jede Nation - ob sie uns gut oder böse gesinnt ist - möge wissen, dass wir jeden Preis zahlen, jede Bürde tragen, jedes Opfer auf uns nehmen und uns jedem Feind entgegenstellen werden, damit das Überleben und Gedeihen der Freiheit gewährleistet werden".

Kennedy hat keinen Veründeten und keinen Gegner mit Namen genannt, aber er nannte die Feinde der ganzen Menschheit:

"TYRANNEI, ARMUT UND DEN KRIEG SELBST".

Diese Feinde zu bekämpfen, gelobte der neue amerikanische Präsident. Fürwahr ein grosses Wort! Es umfasst den Sinn der Politik, es ist der Ausdruck für den Sinn des Lebens der Freien.

Der dieses Wort sprach, ist ein Mann, geboren in unserem Jahrhundert. Er gehört zu der Generation, die "im Krieg gehärtet, von einem kalten und bitteren Frieden diszipliniert worden" ist.

In der freien Welt ist Kennedy der erste Staatsmann, der im Namen dieser Generation sprechen kann. Vielleicht liegt das Wort "deshalb" in dieser Tatsache begründet, vielleicht ist es die Erinnerung daran, dass die Wachablösung durch eine neue Generation im Wandel der Zeiten und Aufgaben zur zwingenden Notwendigkeit wurde, dass Überlebtes von gestern nicht die Politik von morgen gestalten kann.

Diese Generation fordert von jenen, die sich ihr zum Gegner machen,

"dass beide Seiten von Neuem nach Frieden suchen, bevor die dunklen Mächte der Vernichtung, die von der Wissenschaft entfesselt worden sind, die ganze Menschheit in geplante oder zufällige Selbstzerstörung stürzen".

Und Kennedys Generation sagt auch, "die beiden grossen und machtvollen Staatengruppen können sich nicht mit ihrem gegenwärtigen Kurs zufrieden geben". ... "Mögen sich beide Seiten zusammensetzen, um die Wunder der Wissenschaft statt deren Schrecken anzuwenden".

Es könnte sein, dass die Rede Kennedys als Ganzes zu einem kühnen Brückenschlag über die Kluft wird, die unsere Welt von heute aufteilt in die gewaltigen Machtblöcke, geschmiedet und gefesselt in Banden alter Ideen und moderner Waffen.

Wir wissen es nicht. Aber sein Appell darf in der Welt nicht ungehört verhallen.

"LASST UNS DESHALB VON NEUEM BEGINNEN !"

Die Stunde der Berliner

sp - Was mag sich wohl der Bundesinnenminister Schröder gedacht haben, als er den von seinem Ministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Regelung von Ein- und Ausreisbestimmungen der deutschen Öffentlichkeit vorlegte? Es ist für das Verhältnis dieses Ministers zum Parlament bezeichnend, daß die Bonner Journalisten von der Existenz dieses Entwurfes früher in Kenntnis gesetzt worden waren als die gewählten Volksvertreter; diese erfuhren erst aus den Zeitungen, welches Kuckucksei Herr Schröder ausgebrütet hatte. Der Bundesminister hat es auch nicht für notwendig gehalten, sich mit seiner Fraktion ins Benehmen zu setzen. Hätte er es getan, wäre ihm die politische Niederlage bei der ersten Lesung seines Entwurfes erspart geblieben. Die Ablehnung, ein ganz seltener Vorgang in der Geschichte des deutschen Bundestages, ging quer durch alle Fraktionen, und vor allem waren es die Berliner ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, die sich mit wohlbegründeten Bedenken gegen ein Gesetz wandten, dessen Verwirklichung das Ende des freien Reiseverkehrs zwischen hien und drüben bedeuten würde.

Schröders Entwurf geht von der von niemandem bestrittenen Notwendigkeit aus, die Bundesrepublik vor kommunistischer Infiltration, Unterwanderung und Zersetzung zu schützen. Man kann aber dabei das Kind mit dem Bade ausschütten. Wer die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nur als eine rein polizeistaatliche Angelegenheit sieht, befindet sich vor vornherein in einer schlechten Position; mit Polizeimethoden allein läßt sich die kommunistische Bedröhung nicht bekämpfen. Gerade hier könnte Herr Schröder von den Berlinern viel lernen. Sie sind mit den Kommunisten fertig geworden, obwohl die SED zugelassen ist und diese in ihrer Aktivität keinen Beschränkungen unterliegt. Das Vertrauen zu sich selbst und in die Überlegenheit der freiheitlichen Gesellschaftsordnung machte die Berliner immun gegen die kommunistischen Zersetzungsversuche. Berlin ist, wie der Berliner Abgeordnete Kurt Matzick sagte, eine ideale Lernstätte der Abwehr des Kommunismus.

Im letzten Jahr haben etwa zwölf Millionen Menschen die Zonengrenze in beiden Richtungen überschritten, sichtbarster Beweis eines inneren Zusammenhaltes unserer Nation, den selbst ein Ulbricht noch nicht zerstören konnte. Ungezählte Berliner waren dabei. Ginge es nach Ulbricht, wäre der Strom nach hien und drüben schon lange zum Versiegen gekommen, würde der Entwurf Gesetz, gingen Pankows Ziele in Erfüllung. Mit all seiner ihm eigenen Rhetorik gelang es Schröder nicht, diese Befürchtungen zu entkräften. Zum Glück wird sein Entwurf Makulatur bleiben. Die Mitarbeit aller Fraktionen wird für ein besseres Gesetz sorgen. Dem Herrn Bundesinnenminister wäre zu raten, künftighin keine Entwürfe mehr dem Parlament vorzulegen, die den Verdacht aufkommen lassen, daß dahinter andere Absichten stehen als die gebotene Vorsorge für den Schutz unserer Bundesrepublik.

Solidaritätsbeitrag und Koalitionsfreiheit

rd - Die Forderung der IG Bau, Steine und Erden an ihre Tarifkontrahenten, im neuen Tarifvertrag für die nichtorganisierten Arbeitnehmer der Bauwirtschaft einen Solidaritätsbeitrag vorzusehen, der einem besonderen Fonds und insbesondere Ausbildungszwecken zugewendet werden soll, hat in der Öffentlichkeit ein lebhaftes, zwar unterschiedliches aber doch im großen und ganzen sehr sachliches Echo gefunden. Bisher hat nur der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Dr. Krone, - und nach ihm werden sicherlich Kreise der Industrie in gleicher Weise reagieren - die Ansicht geäußert, eine solche Regelung gefährde die sogenannte "negative Koalitionsfreiheit", das Recht der Arbeitnehmer, sich nicht einer Gewerkschaft anzuschließen. Insofern rüttelte diese Forderung an den Grundprinzipien unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Genau zu diesem Punkt hat der Senatspräsident des Bundesarbeitsgerichtes, Dr. Müller, eine grundsätzliche Untersuchung angestellt, in der er u.a. zu dem Ergebnis kommt:

"Ganz allgemein ist unter dem Begriff des Solidaritätsbeitrages eine Geldleistung zu verstehen, die der Aussenseiter der Koalitionen gegenüber dem Koalitionswesen erbringt, ohne damit aber selbst Koalitionsangehöriger zu werden und seine Aussenseiterstellung aufzugeben oder zu verlieren."

Auf die konkrete Frage, ob die Institution des Solidaritätsbeitrages mit dem Grundsatz der negativen Koalitionsfreiheit in Widerspruch steht, antwortet Dr. Müller:

"Das ist aber zu verneinen und zwar sowohl für den Fall, daß man die Leistung der Aussenseiter nur im Falle der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages für begründet hält, wie auch dann, daß man einen Solidaritätsbeitrag allgemein und umfassend als von vornherein bestehende Verpflichtung bejaht. Der Solidaritätsbeitrag beinhaltet nämlich niemals einen Koalitionszwang."

Senatspräsident Dr. Müller kommt im Verlauf seiner Untersuchung sogar zu dem Schluss, dass dieser Solidaritätsbeitrag zum Koalitionsrecht nach Art. 9, Abs. 3 Grundgesetz nicht in Widerspruch steht und durch § 5, Abs. 2, des Tarifvertragsgesetzes, also aufgrund der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages, der Solidaritätsbeitrag gerade ipso jure bezahlt werden sollte.

Im Streit der Meinungen sollte man nicht übersehen, dass mit diesem Verlangen auf einen Solidaritätsbeitrag der unorganisierten Arbeitnehmer an die vertragsschließende Gewerkschaft - bzw. der nichtorganisierten Arbeitgeber an den Arbeitgeberverband - der niemanden zum Beitritt zwingt, das Grundprinzip der Koalitionsfreiheit weniger angetastet wird, - wenn überhaupt - als etwa durch das Industrie- und Handelskammergesetz. Nach diesem Gesetz sind alle Unternehmer, Zwangsglieder der Kammer und haben Zwangsbeiträge zu leisten. Das Parlament hatte keine Bedenken, den Grundsatz der negativen Koalitionsfreiheit unserer Verfassung zu verletzen, als es dieses Gesetz schuf. Wieso hat also Dr. Krone der das vorläufige Kammergesetz gegen den Willen der SPD durchsetzen half, im umgekehrten Falle einer freien tarifvertraglichen Vereinbarung Bedenken?

Die Forderung nach einem Solidaritätsbeitrag ist auch innerhalb der Gewerkschaften noch Gegenstand der Diskussion. Die vielseitige Problematik dieser Forderung muß zwischen den Gewerkschaften und zwischen ihnen und ihren Tarifkontrahenten geklärt werden. Das sollte man ihnen weitgehend selbst überlassen. Verfassungsrechtliche Bedenken der Parteien wären nur dann angebracht, wenn sie sich konsequent auf alle Bereiche der Verbandsinstitutionen in gleicher Weise bezögen.

So geht es nicht !

L.Sch. - Es ist zu einem gern und verschiedentlich auch erfolgreich geübten bundesrepublikanischen Brauch geworden, unsequeme Kritiker auf politischem und sozialem Gebiet als bewusste oder unbewusste Handlanger des Kommunismus und der östlichen Agitation zu disqualifizieren. Diese ebenso bequeme wie primitive Masche wird gelegentlich sogar in Fällen angewandt, wo es nicht einmal um kritische Untersuchungen eines Zustandes oder Ereignisses, sondern ganz einfach um Tatsachenfeststellungen geht.

So geschah es im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz, dass 700 Arbeitern eines Munitionsdepots in der Westpfalz wegen eines Warnstreiks gegen eine Bedrohung ihre sozialen Besitzstandes der Umstand zur Last gelegt wurde, der Leipziger Sender habe über ihre Protestaktion berichtet. In einem früheren Falle hatten offizielle deutsche Stellen einen Bannstrahl gegen Journalisten zu schleudern versucht, weil sie über eine gesundheitsgefährdende Panne bei der Erprobung chemischer Kampfmittel auf dem Truppenübungsplatz Baumholder in aller Sachlichkeit berichtet hatten. Wäre es tatsächlich die "nationale Pflicht" dieser gerügten Reporter gewesen, die stundenlangen Hustenanfälle bei der Bevölkerung von drei Gemeinden am Rande des Übungsplatzes zu verschweigen, die von den Schwaden eines Reizgases der US-Armee aufgrund fehlerhafter Berechnungen ausgelöst worden waren?

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben zwar einen Mc Carthy erlebt, sind im übrigen aber für einen kaum noch zu überbietenden Respekt vor der Pressefreiheit und objektiven Informationspflicht bekannt. Dass neuerdings ein Oberst der US-Armee bei rein tarif- und arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen gegenüber den berechtigten Forderungen eines deutschen Betriebsrates in dem von ihm geleiteten Depot der Stationierungstreitkräfte auf sachliche Argumente verzichtet und die begriffliche Unruhe unter 1.100 Arbeitnehmern wegen einer drohenden Kürzung ihrer Gefahrenzuschläge als das Werk "kommunistischer Verhetzung" hinzustellen versucht, ist doch recht eigenartig.

Die Stellungnahme des US-Obersten Guy Orsino, Kommandeur der amerikanischen Munitionsdepots Miesau und Weilerbach in Rheinland-Pfalz, muss von den rund 1.100 deutschen Arbeitnehmern seiner Arbeitsstelle, die zum Grossteil seit zehn und mehr Jahren für die US-Armee arbeiten, als Beleidigung empfunden werden. Wenn ihr Anspruch auf Einhaltung der bestehenden tariflichen Abmachungen über die Gewährung einer Gefahrenzulage für Munitionsarbeiter als Ausfluss kommunistischer Beeinflussung abgestempelt werden soll, dann rücken alle gewerkschaftlichen Bemühungen um eine gerechtere Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt in das gleiche verleumderische Odium.

* * *

Not im Alter - in Schweden unbekannt

Von unserem skandinavischen Korrespondenten, Rudolph Rasten

Schweden wird einen ständig wachsenden Teil seines erhöhten Wohlstandes der Altersversorgung der Bevölkerung zugute kommen lassen. Das geht aus dem Staatshaushaltsplan für das neue Jahr hervor, und die sozialdemokratische Regierung kann sich dabei auf das grosse Vertrauensvotum beziehen, das ihr bei den Herbstwahlen 1960 von den Wählern ausgesprochen wurde. Nicht weniger als rund 15 Prozent der gesamten Ausgaben - das sind 2.5 Milliarden Kronen oder umgerechnet über zwei Milliarden DM für ein Land mit sieben Killionen Einwohnern - sind für die Altersversorgung veranschlagt, wozu noch die sonstigen Sozialausgaben in Höhe von 2.2 Milliarden Kronen hinzukommen.

Die staatliche Alterspension erhöht sich im Jahre 1961 auf 2 800 Kronen für Ledige und 4 430 Kronen für Ehepaare (eine Schwedekrone = DM 0.81), und hierzu kommen kommunale Wohnungszuschüsse für Personen, die nur von ihrer Staatspension leben. Ausserdem ist kürzlich eine Neuregelung über zusätzliche Alterspension getroffen worden, die von den Arbeitgebern direkt an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden und im Laufe der Zeit Zweidrittel von dem Durchschnitt der fünfzehn besten Lohnjahre betragen sollen, womit die gesetzlich geregelte Altersversorgung in Schweden auf einer Stufe steht, die wohl kaum zu überbieten ist.

Bei den politischen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den bürgerlichen Oppositionsparteien ging es bisher um die Beibehaltung oder Abschaffung der im Jahre 1959 eingeführten Umsatzsteuer, die das Leben für alle Schweden ohnehin um 4 Prozent teurer gemacht hat. Die Mehrheit der Wähler hat den sogenannten "Ors" einer sonst unausweichlichen Erhöhung der Körperschaftssteuer vorgezogen. In den dem Riksdag jetzt zugeleiteten Haushaltsplan des Finanzministers Strängs steht die Umsatzsteuer an zweiter Stelle der Einkommensquellen und sie gibt den Bürgern die tatsächliche Gewähr dafür, dass in den nächsten anderthalb Jahren keine neuen direkten Steuern ausgeschrieben werden.

Das verdanken die Schweden vor allem der seit vielen Jahren andauernden Hochkonjunktur. Der jetzt zur Debatte stehende Haushaltsplan hat eine Rekordhöhe von 16 Milliarden Kronen. Trotz den vielen erhöhten Ausgaben rechnet man mit einem Überschuss von 500 Millionen Kronen. Einen besonderen Nachdruck erhalten die Mehrausgaben für kulturelle und Ausbildungszwecke, besonders die Errichtung von neuen Hochschulen und Forschungsanstalten. Auch die Hilfe für die Entwicklungsländer wird in grösserem Masse erfolgen, aber sie entspricht noch nicht dem Ziel, das auf dem sozialdemokratischen Parteitag vergangenen Jahres aufgestellt wurde, wonach die Schweden ein Prozent ihres gesamten Nationaleinkommen für die entwicklungs- und hilfebedürftigen Ländern aufbringen müssten. Zu vermerken ist auch, dass Schweden mit einem Aufwand von drei Milliarden Kronen für Verteidigungszwecke wesentlich mehr für die Wahrung seiner Neutralität und Bündnisfreiheit ausgibt als viele NATO-Staaten für ihre Zugehörigkeit zur westlichen Verteidigungsallianz. - Ein schwedischer Oppositionsführer erklärte, der Haushaltsplan scheine vom Weihnachtsmann verfasst zu sein, worauf Regierungssprecher erwiderten, der schwedische Weihnachtsmann sei eine realistische und wache Person. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel